



RUNDBRIEF der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit – Dezember 2012

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Straße 4

D - 10405 BERLIN

Neuburg, 22.12.2012

info@wilpf.de

www.wilpf.de



Liebe IFFF-Frauen und SympathisantInnen,

wieder einmal darf ich mich für die ideelle und materielle Unterstützung, die Ihr uns in diesem Jahr habt zukommen lassen, bedanken. Nach längerer Suche und intensiver Debatte haben wir uns nun für eine politisch korrekte Bank entschieden, die sicher nicht in Rüstungs- oder Atomgeschäfte investiert:

[GLS-Bank, Kontoinhaberin IFFF.](#)

[Konto Nr. 1142598700, Bankleitzahl 430 609 67.](#)

Da unser im Alice und Helga-Herz-Fonds angelegtes Geld derzeit weniger Zinsen abwirft, sind wir weiter auf Eure Spenden angewiesen und freuen uns über jeden, auch noch so kleinen Beitrag, der unsere politische Arbeit unterstützt. Das alte Konto wird gegen Ende 2013 auslaufen.

Eine traurige Nachricht: die Münchner Gruppe hat **Petra Finsterle** verloren, die einer Krankheit erlag, die zu spät erkannt worden war, Brigitte Schuchard hat in ihrem Nachruf aufgezeigt, warum uns diese tatkräftige Frau ein Vorbild sein kann (siehe weiter unten). Unser Mitgefühl gilt ihrer Familie und vor allem ihrer Mutter Helga, die auch schon lange Mitglied ist.

Beispielhaft auch das Leben von **Edith Ballantyne**, der die deutsche Sektion herzlich zu ihrem 90. Geburtstag gratuliert. Edith, geboren in Schlesien, musste 1938 mit 16 Jahren vor den Nationalsozialisten über Polen und England nach Kanada fliehen, und fand dort auch Hilfe von WILPF-Frauen. 1949 zog sie mit ihrem Mann nach Genf. Sie zog vier Kinder auf, arbeitete unter anderem für die WHO (UN-Weltgesundheitsorganisation). 1968 erfuhr sie, dass die WILPF ihren Sitz in Genf hatte. 23 Jahre lang war sie unsere Geschäftsführerin, darauf 6 Jahre lang gewählte Präsidentin und danach arbeitete sie ehrenamtlich für uns bis heute. Sie war in vielen Netzwerken rund um die UNO in Genf für den Frieden aktiv. Ihr Haus in Genf war Zufluchtsort für Menschen, die ihres Zuspruchs bedurften. Wie Felicity Ruby, frühere UN-Direktorin von WILPF in New York, auf der Geburtstagsfeier in Genf ausführte, war sie auch treibende Kraft für das erste Friedenszelt auf der UN-Frauenkonferenz in Nairobi, sie bekämpfte die Apartheid, setzte sich für Palästina ein, für Abrüstung, für Menschenrechte, für die indigenen Völker. Sie war auch Präsidentin und Geschäftsführerin bei CONGO (der Konferenz der NGO's).



Im Rahmen der Münchner Friedenswochen luden wir zu einer Veranstaltung ein **“Drohnen und Menschenrechte – Tod auf Fernbedienung“** mit Barbara Lochbihler, MdEP und Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im Europaparlament, langjährige Geschäftsführerin von WILPF und danach von Amnesty Deutschland. Dass die US-amerikanische Regierung in Ländern, denen sie nicht offiziell den Krieg erklärt hat, wie in Pakistan, Somalia oder im Jemen, gezielt Menschen durch ferngesteuerte bewaffnete Drohnen töten lässt, ist nach internationalem Recht umstritten. Da die Terrorverdächtigen vorher nicht vor ein rechtsstaatliches Gericht gestellt wurden, spricht man auch von illegalen Hinrichtungen bzw. extralegalen Tötungen. Offiziell meldete nur die russische Regierung Protest an, dass die USA sich damit über die Souveränität von Staaten hinwegsetze.



Am 5. 3. 2012 hielt US-Justizminister Holder in einer juristischen Fakultät eine Rede, in der er den Drohneneinsatz mit dem „Globalen Krieg gegen den Terror“ begründete: die Nation habe das Recht und die Pflicht, zur Verteidigung tödliche Gewalt einzusetzen – allerdings nur dann, wenn das betreffende Land dies erlaube oder „mit der Bedrohung für die USA nicht effektiv umgehen kann oder will“. Diese Tötungen würden auch nicht gegen die „Executive Order“ verstoßen, die Geheimdiensten eigentlich Mordanschläge verbieten, solange das Ziel einen militärischen Wert darstellt und der Kollateralschaden nicht exzessiv ist.

Ahmed Rashid, Berater der US-Regierung, wurde am 27. 11. in der SZ zitiert (aus dem Buch „Am Abgrund, Pakistan Afghanistan und der Westen.“) „Von Obamas Amtseintritt bis Juli 2011 fanden sich unter 1500 bis 2300 Getöteten nur 33 namentlich gesucht Terroristen.“ Er habe vergeblich versucht, US-Politikern klarzumachen, dass die älteren Taliban-Führer, die in der Lage wären, Friedensverhandlungen zu führen, nach diesem Dezimierungsprogramm nicht mehr am Leben wären. Zudem wird die Friedensbereitschaft auch durch die Wut auf die zahlreichen zivilen Opfer auf die Probe gestellt.

Da der CIA nicht vor den Untersuchungsausschuss im Kongress zu Militärkriegsverbrechen befragt werden kann, sondern nur dem Einsatzbefehl Obamas unterstellt ist und die Operationen geheim gehalten werden, sei es, wie Barbara ausführte, auch schwierig für die Opfer, in USA auf Schadensersatz zu klagen, derzeit wird ein Prozess gegen einen Täter angestrengt, der sich im Internet mit seinen Drohneneinsätzen brüstete. Die Teilnehmer diskutierten auch, dass durch den fehlenden direkten Kontakt zum Kampfgeschehen die Tötungshemmung sinke.

Dass **die kriegsführende, waffenexportierende, flüchtlingsabwehrende EU** den Friedensnobelpreis erhalten sollte, war nicht nur den 3 NobelpreisträgerInnen Mairead Muguire, Desmond Tutu und Adolfo Revez Exquirell eine ablehnende Erklärung wert, auch Heidi Meinzolt versuchte, alle europäischen WILPF-Sektionen in einer Erklärung zusammenzubringen (siehe unten den Beitrag von Heidi Meinzolt: Was ist aus dem Friedensnobelpreis geworden). Wir erhielten zwar viel inhaltliche Zustimmung, hatten allerdings die nötigen Abstimmungsprozesse innerhalb der Sektionen unterschätzt. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut bestätigte, dass die EU ihren 500 Millionen BürgerInnen Frieden gewährleiste, erinnerte aber daran, dass 6 der 10 Hauptwaffenexporteure EU-Staaten sind (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Niederlande, Italien), dass die EU-Mitgliedstaaten 2011 293 Milliarden US-Dollar für militärische Zwecke ausgegeben hatten und dass EU-Staaten derzeit 14 sogenannte „Peace-Operations“ stellen.

Wenige Tage, nachdem eine weitgehend männliche Vertretung der EU den Friedensnobelpreis in Stockholm abgeholt hatte, entlarvten sie sich schon selbst: auf dem Wirtschaftsgipfel am 14. 12. forderte Barroso dazu auf, als Motor für die Wirtschaft Rüstungsproduktion und –export zu steigern. Am gleichen Tag beschloss der Bundestag mit großer Mehrheit, deutsche Patriot- und Flugabwehrraketen und AWACS- Überwachungsflugzeuge sowie die dazu nötigen deutschen Soldaten an der türkisch-syrischen Grenze aufzustellen. Waffenlieferungen Deutschlands nach Saudi-Arabien und Israel sind geplant.

Ich wünsche euch allen frohe Feiertage und ein glückliches Jahr 2013.

Es ist ein Wahljahr und wir sollten deutlich machen, dass wir keine KandidatInnen wählen, die glauben, mit Waffenexporten unsere Wirtschaft ankurbeln und Konflikte lösen zu können.

Und merkt euch schon mal die nächste Jahresversammlung vor: Sie wird vom 8. mit 10. März 2013 turnusgemäß in München stattfinden.

Liebe Grüße, Irmgard (Hofer)

WILPF/IFFF | c/o Irmgard Hofer | St. Michaelsweg 2a | 86476 Neuburg | Tel.: 08283-92927 | hofer@wilpf.de

Beraterstatus bei den Vereinten Nationen: ECOSOC, UNCTAD und UNESCO / Sonderberaterstatus bei FAO, ILO und UNICEF

Semeinnützige Körperschaft | St.-Nr. 27/668/56048 (FA für Körperschaften I Berlin) | GLS Bank | Konto 1142 59 8700 | BLZ 430 609 67



Was ist nur aus dem Friedensnobelpreis geworden?

von Heidi Meinzolt, EU-Koordinatorin IFFF-WILPF + Frauensicherheitsrat in Deutschland

Eine Institution, wie die Europäische Union, hat ihn nun wirklich nicht verdient. Denken wir nur mal kurz an die drei mutigen WILPF-Frauen (Jane Adams, Emily Green Balch, Alva Myrdal) und viele andere (such as Wangari Mathai, Rigoberta Menchu und tausende weiterer Friedensfrauen), die den Preis nie bekamen, aber so viel mehr getan und erreicht haben für eine friedlichere Welt in Solidarität, Respekt vor Rechten und Freiheiten.¹

Warum die EU kein "peace champion" ist und die Verleihung an sie diesen Preis weiter entwertet ("glorreiche" Vergangenheit nach dem 2. Weltkrieg hin oder her):

- Verheerend war ihre Teilnahme an den Balkankriegen - immer im Interesse von Rohstoffen und strategischem Einfluss.
- "You get what you pay for": Die europäische Rüstungsindustrie und der Rüstungshandel ist eine der größten Zerstörungsmaschinen weltweit und die europäische Rüstungsagentur treibt ihre Effektivität in einem wachsenden Markt voran.
- "Schützen" wir unsere Welt des "Friedens und der Demokratie" – mit diesem Slogan steht die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX für ein tödliches Abwehrsystem, das die Festung Europa vor einer Invasion der Armen aus der Welt "bewahren" soll und, unter Umgehung aller menschenrechtlichen Standards, mit viel Geld militärisch operiert zur Zwangsrückführung von Flüchtlingen bzw. den Tod so vieler im Meer verantwortet.
- Drastische Sparmaßnahmen im Zuge der "Wirtschaftskrise", der Systemfehler töten: Unter dem Druck der Finanzmärkte und kapitalistischer Interessen folgt die sog. Austeritätspolitik der gleichen Logik überall in Europa: öffentliche Ausgaben werden gekürzt, Sozialsysteme vernichtet, Pensionen und der Gesundheitssektor geschliffen, Steuern insbesondere für Arme erhöht zu Gunsten von neoliberaler Privatisierung, Flexibilisierung und Bankenrettung. Frauen sind in mehrfacher Weise Opfer, in Griechenland, Spanien, Irland und in zunehmenden Maße auch bei uns.
- "Wir sind alle EuropäerInnen": schon, aber die EU als Institution steht nun wahrlich nicht für Demokratie nach innen, Transparenz und Partizipation und erlaubt eine wachsende Renationalisierung ihrer Mitgliedsstaaten.
- Die EU hat unfaire Handelsabkommen abgeschlossen mit dem Süden, nimmt an Landraub teil und behält neokoloniale Strukturen bei.
- Die EU ist kein verlässlicher Partner in Verhandlungen in Nahost. Das Handelsabkommen mit Israel und die Verweigerung von Menschenrechten bzw. der Umsetzung von internationalem Recht gegenüber dem palästinensischen Volk sind grausam.

Ironie der Geschichte bzw. grausame Zuspitzung der o.g. Problematik aus aktuellem Anlass: 1 Monat nachdem die Herren van Rompuy, Barroso und Schulz in Oslo den Friedensnobelpreis mit herzerwärmenden Geschichten entgegengenommen haben, stellen sich die beiden ersteren im Namen der EU und der Bekämpfung der Wirtschaftskrise schamlos vor ein europäisches Publikum hin – das ihnen noch kurz zuvor applaudiert hat - denn es war doch zu schön zu den Friedensschaffern und Friedensvertretern irgendwie auch selbst zu gehören.

Mit der Abschlusserklärung des EU-Gipfels im Dezember 2012 verkünden sie schamlos ihr Rezept gegen die "Wirtschaftskrise": "Investments in die Stärkung der militärischen Kapazitäten der EU und einen Schub für die Rüstungsagentur – als Koordinationsstelle für den Wachstumsmarkt "Rüstung"; Wachstum, Forschung und Super-Jobs stecken in dem Paket zu dem das Kabinett Ashton bis September 2013 eine Vorlage erarbeiten soll.

¹ Drei wichtige Friedensfrauen – Leymah Gbowee, Ellen Johnson Sirleaf und Tawakkul Karman - wurden immerhin im letzten Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.



Aufschrei – Aufschrei – Aufschrei – Aufschrei – Aufschrei -

"Current financial constraints highlight the urgent necessity to strengthen European cooperation in order to develop military capabilities and fill the critical gaps, including those identified in recent operations," they said in the conclusions of the summit.

The EU leaders promised to encourage "more systematic and longer term European defence co-operation" and to develop "a more integrated, sustainable, innovative and competitive European defence technological and industrial base."

Where is the other half of the EU when the EU receives the Noble Peace Prize?

Die European Women's Lobby, der WILPF angehört, stellte diese Frage, als der Friedensnobelpreis von den drei Herren in Empfang genommen wurde, und kritisierte, dass die EU sich nach wie vor männlich präsentiert. Die vollständige Erklärung in englischer Sprache ist hier abrufbar: <http://www.womenlobby.org/spip.php?article4361&lang=en>



Nina Althoff, althoff@wilpf.de, Geschäftsstelle der IFFF/ Deutsche Sektion:



Foto: Yoko Ono

Liebe Ligafrauen, liebe Interessierte,

WAR IS OVER – if you want it! Das war der Slogan einer Antikriegs-Kampagne von John Lennon und Yoko Ono von Dezember 1969. In mehreren Großstädten, u.a. New York, L.A., Tokio, Rom und auch Berlin, wurde dieser Slogan auf großen Plakatwänden veröffentlicht: „WAR IS OVER - if you want it. Happy Christmas from John und Yoko.“ Aus diesem Slogan ist auch ein Lied von den



beiden entstanden: „Happy Xmas (War Is Over)“. Dabei ging es ihnen darum, aufzuzeigen, dass wir alle mitentscheiden können und Macht besitzen, etwas zu verändern.

Friedensprozesse sind natürlich um einiges komplizierter als der Slogan klingen mag. Dass aber Veränderungen zum Positiven möglich sind, sobald sich auch nur einzelne dafür einsetzen, zeigt das Buch **„Gute Nachrichten! Wie Frauen und Männer weltweit Kriege beenden und die Umwelt retten können“**, herausgegeben von Ute Scheub und der Heinrich-Böll-Stiftung. In dem Buch werden Erfolgsprojekte und Geschichten des Gelingens im Bereich Frieden, Umwelt und Geschlechtergerechtigkeit erzählt, die auf der Website VISIONEWS gesammelt wurden:

www.visionews.net.

Dass Waffen ganz bestimmt keinen Frieden und keine Stabilität schaffen, wurde auch in der Pressemeldung der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung zur Veröffentlichung des Rüstungsexportberichtes 2012 betont (<http://www3.gkke.org/>). In der **Aktion Aufschrei** wenden wir uns gemeinsam mit vielen anderen Organisationen aus der Friedens-, Entwicklungs- und Menschenrechtsarbeit gegen den Export von Terror und Gewalt made in Germany. Eine ähnliche Kampagne in



Großbritannien, die Campaign Against Arms Trade wurde zuletzt mit dem Alternativen Nobelpreis, dem Right Livelihood Award, geehrt. Die Aktion Aufschrei selbst wurde mit dem internationalen Deutschen PR-Preis für „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ vor dem Deutschen Bundestag ausgezeichnet, in der symbolisch 100 wie Bomben aussehende Luftballons im Februar in die Luft gegangen sind – viele Ligafrauen waren mit dabei. <http://www.aufschrei-waffenhandel.de/>

Frauen als Opfer der Austeritätspolitik

Bedrohung für den Frieden bzw. für Friedensprozesse stellen aber nicht nur konventionelle Waffen dar, sondern auch Armut. Das haben wir auch in unserer Erklärung anlässlich des internationalen Tages für die Beseitigung von Armut am 17. Oktober 2012 bemerkt und auf die tragischen Folgen der Austeritätspolitik der Europäischen Union insbesondere für Frauen hingewiesen. Armut gefährdet den sozialen Frieden und Zusammenhalt in der Welt. Durch den Druck der Finanzmärkte ist die Politik in Europa vom drastischen Abbau öffentlicher Ausgaben, von Lohn- und Pensionskürzungen und vom Abbau der sozialen Sicherung geprägt, manchmal auch von Steuererhöhungen, die insbesondere die Armen und sozial Schwachen treffen.

Frauen sind davon in erster Linie betroffen: Die unbezahlte Arbeit von Frauen erhöht sich; der Staat zieht sich aus der sozialen Sicherung zurück. Damit erhöhen sich auch Belastung und Stress, Abhängigkeit, Gewalt, Rückschritte in traditionelle Rollen und Ausschluss vom Zugang zu Ressourcen. Statt in Armutsbekämpfung, zivile Konfliktbearbeitung und Menschenrechte zu investieren, werden die Förderung der Prävention gegen HIV, von Abtreibungszentren, Familienplanung, Prä- und postnatale Gesundheitsbetreuung und präventive Gesundheitsfürsorge zurückgefahren. Deutschland hat mit den Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Asylbewerberleistungsgesetz/ Grundleistungen vom 18. Juli 2012 attestiert bekommen, dass die jetzigen deutlich niedrigeren Sätze des Asylbewerberleistungsgesetzes im Verhältnis zu den generellen Sozialleistungen gegen das menschenwürdige Existenzminimum verstoßen und das seit nunmehr 20 Jahren.

Weltweit leidet jeder achte Mensch auf der Welt an Hunger, wie die Welternährungsorganisation FAO in ihrem Hungerbericht im Oktober bekannt gab. Nach 2007 gab es kaum Besserungen in der Hungerbekämpfung, obwohl sich bereits im Jahre 2000 150 Staaten mit der Millenniumserklärung verpflichteten, bis 2015 für eine Halbierung des Anteils der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, zu sorgen (siehe auch die MDG Gender Chart 2012:



<http://tiny.cc/mzz4pw>). Im Jahr 2011 sind die Zahlungen der Geberstaaten in die Entwicklungszusammenarbeit sogar weiter zurück gegangen, so dass die Erreichung der UN-Entwicklungsziele gefährdet bleibt. Mehr als 100 Mio. Kinder weltweit sind untergewichtig. Mangelernährung führt bei mehr als 2,5 Mio. Kindern zum Tod. Dabei wurde ein jährlich notwendiger Betrag für Hungerbekämpfung von lediglich 10 Mrd. € errechnet.

Vor dem Hintergrund dieser Zahl erschüttert es, dass allein Deutschland 2011 ca. 35,5 Mrd. € für Rüstung ausgab. 1,3 % des Brutto-Inlandprodukts gab Deutschland für militärische Zwecke aus und nur 0,38 % für Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland ist der größte Rüstungsexporteur Europas und liegt hinter den USA und Russland weltweit an dritter Stelle der Waffenlieferanten. Wir fordern, die überhöhten Militärausgaben und den Waffenhandel zugunsten sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung zu reduzieren, wie es die Staatengemeinschaft 1995 auf der UN-Frauenkonferenz in Peking beschlossen hatte.

Die vollständige IFFF-Erklärung „Frauen als Opfer der Austeritätspolitik“ kann auf der WILPF Website auf deutsch, englisch und französisch abgerufen werden:

<http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/erklaerung-armut-2012.html>.

Eine neue Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands weist darauf hin, dass die Gefahr in Deutschland zu verarmen gestiegen ist. Die Nationale Armutskonferenz fordert eine gezielte Strategie zur Armutsbekämpfung und kritisiert eine Verschleierung des Auseinanderdriftens von Arm und Reich durch die Bundesregierung. Dies sei etwa in der bislang bekanntgewordenen Fassung des Armuts- und Reichtumsberichts erkennbar. Der Bericht soll nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums im Januar vom Bundeskabinett verabschiedet werden soll. Der letzte Entwurf „Lebenslagen in Deutschland: 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ ist hier abrufbar: <http://tiny.cc/r9z4pw>.

Frieden braucht Frauen

„Frieden braucht Frauen“ hieß die Überschrift der Pressemeldung der Bundesregierung zur Verabschiedung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 (NAP 1325). Eine frohe Botschaft pünktlich zum Fest! Die im Oktober 2000 vom UN-Sicherheitsrat einstimmig verabschiedete Resolution 1325 fordert die Einbeziehung von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen – etwa ihre gleichberechtigte Teilnahme an Friedensgesprächen, an der Prävention von Kriegen oder am Wiederaufbau und in Staatsstrukturen. 2004 empfahl der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan allen UN-Mitgliedsländern, nationale Aktionspläne zu ihrer Umsetzung vorzulegen. Dem sind weltweit bisher 38 Länder gefolgt – nun auch die Bundesregierung. Die Pressemeldung des Bündnis 1325 zur Verabschiedung des NAP 1325 vom 20. Dezember 2012 lautet:



ENDLICH! PM vom Bündnis 1325 - 20.12.2012:

Nach mehrjähriger schwieriger und komplikationsreicher Schwangerschaft hat die Bundesregierung nun bei ihrer Kabinettssitzung vom 19.12. endlich einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 („Frauen, Frieden, Sicherheit“) auf die Welt gebracht. Der Aktionsplan ist zwar in vielem noch unzureichend und kritikwürdig, aber ein Anfang ist gemacht. Wir freuen uns.

Die Geburtshelferinnen vom Bündnis 1325

Im „Bündnis 1325“ arbeiten zusammen: amnesty international, Deutscher Frauenrat, Deutscher Frauenring, Deutscher Frauensicherheitsrat, Deutscher Staatsbürgerinnen-Verband e.V., Frauennetzwerk für Frieden, Heinrich-Böll-Stiftung, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, medica mondiale, Pax Christi, Rosa-Luxemburg-Stiftung, terre des femmes.

www.un1325.de, www.frauensicherheitsrat.de



Bei der Anhörung zu einem ersten Entwurf auf Einladung der Bundesregierung am 22. November 2012 war Heidi Meinzolt für WILPF dabei – siehe ihren Bericht weiter unten „WILPF/IFFF-Ansatzpunkte zum Entwurf der Bundesregierung eines Nationalen Aktionsplans 1325“.

Die Stellungnahme des Bündnis 1325 zum Entwurf eines NAP 1325 der Bundesregierung vom 21. November 2012 kann hier abgerufen werden: <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/buendnis-1325-zum-nap-entwurf-der-bundesregierung.html>



Eine Liste aller existierenden NAPs 1325 findet sich auf der Website des WILPF-Projektes Peacewomen: <http://www.peacewomen.org/pages/about-1325/national-action-plans-naps>

Zum 12 Jahrestag der Resolution 1325 wurde auch die zweite Auflage des „Women, Peace and Security Handbooks“ von Peacewomen veröffentlicht. Das Handbuch kann hier herunter geladen werden:

http://www.peacewomen.org/security_council_monitor/handbook



Mit dieser guten Nachricht abschließend wünsche ich Euch allen ein schönes und hoffentlich friedlicheres neues Jahr und sende herzliche Grüße

Eure Nina (althoff@wilpf.de)

WILPF/ IFFF-Ansatzpunkte zum Entwurf der Bundesregierung eines Nationalen Aktionsplans 1325

von Heidi Meinzolt, EU-Koordinatorin IFFF-WILPF + Frauensicherheitsrat in Deutschland

Aussen-und sicherheitspolitischer Rahmen:

Wünschenswert - und unseres Erachtens auch im Sinne der AutorInnen der 1325 aus dem Spektrum von Peacewomen - wäre die Erweiterung des Begriffs von Krise und Konflikt unter dem Stichwort „**menschliche Sicherheit**“ hin zu einer **Friedenspolitik**, die diesen Namen mit Würde trägt. Deshalb fehlt im vorliegenden NAP dieser Bezug: unser Ziel ist die Freiheit aller Menschen vor Angst – insbesondere auch vor Bedrohungen durch sexualisierte Gewalt – und die Sicherung existenzieller Bedürfnisse und Menschenrechte.

Wir wollen der **Konfliktvorbeuge weitreichende Priorität** einräumen und sie nicht einfach parallel zu den anderen Konfliktphasen ansetzen. Zentrale Präventionsinstrumente liegen im zivilen Bereich. In dieser Phase können Frauen ihre besonderen kommunikativen, vermittelnden und grenzüberwindenden Kompetenzen zum Tragen bringen. Mit einer klaren Priorisierung könnte ein notwendiger Paradigmenwechsel in der Politik eingeleitet werden.

Ein entscheidender Schritt für eine erfolgreiche Prävention ist die Schaffung entsprechender **Frühwarnindikatoren**, die das gesellschaftliche Wissen und die Vernetzung von Frauen und Frauen-Friedensgruppen nutzen und sie auf allen Ebenen in diplomatische Missionen einschalten.

Erfolgreiche Prävention verlangt auch einen **Stopp des Waffenhandels** – insbesondere in Konfliktregionen, auch unter Inkaufnahme der Aussetzung bestehender Lieferverträge. Neben der prinzipielle Einhaltung restriktiver Waffenexportrichtlinien ist die Bundesrepublik als drittgrößter Exporteur besonders aufgerufen zu substantiellen **Abrüstungsschritten**, insbesondere auch im Bereich Kleinwaffen – die Leib und Leben von Frauen nicht nur in Friedenszeiten, erheblich mehr aber in Phasen der Konfliktentwicklung und durch die erhöhte Gewaltbereitschaft in Krisengesellschaften gefährden.



Armut auch in Europa als an Bedeutung gewinnender Faktor sozialer Spannungen gefährdet den sozialen Frieden. Diese Armut ist weiblich. Sie fährt die Emanzipationsfortschritte der letzten 30 Jahre zurück und schließt Frauen zunehmend nicht nur vom Arbeitsmarkt, sondern von gesellschaftlichen Tätigkeiten aus. Diese Armut ist ein **geschlechtsspezifischer Frühwarnindikator gegen** rechtsradikale Gewaltübergriffe **und eine Radikalisierung der Gesellschaft insgesamt**. Sie lässt die weiblichen Stimmen verstummen (EWL-Warnung), die es für eine Beteiligung der Frauen an allen Phasen der Konfliktlösung im Sinne der Res.1325 bedürfte. Das muss mit besonderen Anstrengungen in einem NAP aufgefangen werden – und zwar sowohl bezüglich der steigenden Anzahl weiblicher Opfer, als auch in verringerten Chancen zur Partizipation. Wir vertreten, dass Frauenfriedensgruppen auf allen Ebenen der Prävention einschließlich der Führungs- und Entscheidungsebenen einbezogen werden müssen.

Bei der Vorbereitung von Einsätzen gilt es folgendes zu beachten: Vor den Einzelmaßnahmen muss es eine **geschlechtsspezifische Analyse des Konfliktes**, des Einsatzgebietes und seiner Folgen geben. Dazu gehört auch die Sensibilisierung für **Traumata** und deren Folgen. Ein zentraler Gegenstand der Fortbildung muss die Auseinandersetzung mit **militarisierter Männlichkeit, Männlichkeitsbildern und dem Abbau von Geschlechterstereotypen** sein. Unter der Beachtung dieser Ergebnisse kann erst eine passgenaue und einsatzorientierte Ausbildung geplant werden.

Die Einhaltung verbindlicher Verhaltensregeln aus diesem Kontext ist eine Bedingung für die Unterstützung von Hilfsorganisationen. Auch die **Geberpolitik** muss diese Kriterien berücksichtigen und muss mit Sanktionsmechanismen gekoppelt sein.

Null Toleranz gilt bei Verstößen gegen die entsprechenden Codes of Conduct nicht nur im Ziel-land, sondern auch beim eigenen Personal.

Die Schaffung international zu besetzender Posten von **Gender-Beraterinnen und –beratern**, die in Friedensmissionen hoch angesiedelt und personell und finanziell gut ausgestattet sind, muss besonders gefördert werden.

Spitzenpositionen internationaler Missionen und Mediatorenstellen bei Friedensverhandlungen müssen gleichberechtigt mit Frauen besetzt werden. Sinnvoll haben sich hier z.B. bei der OSZE **Akteurinnenlisten** für einen Kompetenzkatalog erwiesen, der im Einsatzfall konsultiert werden muss.

Dieses personelle Reservoir muss bewusst aufgebaut werden und eine eventuell erforderliche Förderung von Frauen muss finanziell sichergestellt werden. Gleichzeitig müssen auch Männer verpflichtet und entsprechend geschult werden, **lokale Frauen und Frauenorganisationen** sowie geschlechterspezifische Themen in Friedensverhandlungen einzubeziehen. Die **Vernetzung** der lokalen und regionalen (Frauen)Friedensorganisationen muss nachhaltig gefördert werden. Sondermittel für Frauenorganisation, mit deren Hilfe sie frauenspezifische Belange beim Wiederaufbau nachhaltig und verlässlich finanzieren können, sollen eingestellt werden.

Entscheidend ist auch die **Strafverfolgung** ausländischer, aber auch deutscher Täterinnen und Täter und ein finanziell angemessen ausgestatteter **Zeuginenschutz** und die psychologisch begleitete Vorbereitung der Zeuginnen auf einen Prozess müssen sichergestellt werden.

Zur Umsetzung wollen wir ein „**living document**“, in dessen Weiterentwicklung die Zivilgesellschaft, namentlich Frauenfriedensgruppen, einbezogen werden.

Dazu braucht es strukturelle Voraussetzungen, die in der bisherigen Vorlage fehlen:

Wir schlagen vor mindestens **halbjährige Besprechungen** der interministeriellen AG mit Frauen-Friedensorganisationen **politisch** zu institutionalisieren (Empfehlungen aller Auswertungsgremien/EPLO/WILPF) und konkret zu **finanzieren**. Dies ist unverzichtbar für den Austausch von **good practice, Lageeinschätzungen, Netzwerkexpertisen u.a. für fact finding und Kontakte in Konfliktregionen und zu Friedensfachkräften**.

Positive Beispiele dazu gibt es z. B. aus Schweden zu vermeiden am Beispiel Operation 1325/ Schweden mit fortgeführter Konsultation und gemeinsamen Fieldoperations – in Zusammenarbeit ziviler Kräfte aus dem politisch-humanitären Bereich und vor Ort. Ziel könnte ein Gender Audit der Außen-Friedens-Sicherheits- und Entwicklungspolitik sein.



Konsultation der interministeriellen AG mit der Zivilgesellschaft am 21.11.

Mit einer hervorragenden Vorbereitung aus dem Bereich des Bündnis 1325 stießen wir auf recht viel Offenheit. Der Zeitrahmen ist eng, aber es wurden weitere Konsultationen insbesondere auch im Hinblick auf eine Weiterentwicklung eines 2. NAP versprochen. Einige Anregungen werden bereits jetzt eingehen – das Gesamtunternehmen soll aber nicht gefährdet werden. Anlass für die Verfassung eines NAP war der wachsende internationale Druck, der Wille des AA einen guten Abgang aus dem UNO-Sicherheitsrat zu haben und das Beispiel der Amerikaner. Eine Budgetierung im NAP wurde abgelehnt – Umwidmung von Artikeln aber in Aussicht gestellt. Der NAP soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden und dann verschickt werden und auch in die Berichtspraxis der Botschaften eingehen.

Unsere Beobachtung und weitere Arbeit wird nicht obsolet, aber eine Etappe scheint geschafft.

Firenze 10+10 – einige Eindrücke

von Heidi Meinzolt, IFFF-WILPF + Frauensicherheitsrat in Deutschland



Eine kleine WILPF-Delegation aus Italien (5) und Deutschland (1) haben an der Wiederauflage der europäischen Sozialforumsbewegung teilgenommen – mit einem fast nostalgischen Blick 10 Jahre zurück zum ersten Forum an gleichem Ort und weit weniger optimistischen Ausblicken in die Zukunft. Sicherlich eine nützliche Initiative, die die ItalienerInnen aus den Kreisen der kritischen Linken, der Gewerkschaftsbewegung und vieler themenbezogenen Initiativen da ergriffen haben. Schon wieder ganz schön chaotisch und nicht immer mit viel Substanz –

aber ein Treffpunkt. Wie weit man auseinander liegt in der Analyse und den verschiedenen Betroffenheiten, zeigte sich in den Plenarversammlungen, die es nicht schafften sich auf eine gemeinsame Abschlusserklärung zu einigen – auch weil der Entwurf alles andere als demokratisch zustande gekommen war.

Im Zentrum der Debatten stand die sog. Finanzielle Krise, die Illegalität der Schuldenpolitik als Waffe eines schrankenlosen Kapitalismus/ Neoliberalismus mit dramatischen Folgen durch die Austeritätspolitik für das Leben der Menschen (bis jetzt vor allem unerträglich in Südeuropa). Dazu gab es zahlreiche Workshops von Wirtschaftswissenschaftlern zu alternativen Konzepten, Bauern und AktivistInnen zur Nahrungsmittelsicherheit, die europäische Wasserbewegung nutzte das Treffen für Vereinbarungen gegen die Privatisierung, Nahost stand natürlich im Mittelpunkt mit Augenzeugenberichten von PalästinenserInnen und Solidaritätsgruppen. Alles in allem – wie ist ein anderes Europa vorstellbar und welche Kampagnen braucht es dazu, um die Bewegung zu stärken.

Eines der best besuchtesten Foren war das Frauenforum, das sehr gut von europäischen Feministinnen für ein anderes Europa vorbereitet worden war. Die Teilnehmerinnen waren so zahlreich, dass Solidarität einer anderen Gruppe gefragt war und so der Saal gewechselt werden konnte – die Frauen hatten sich im Vorfeld keinen größeren Raum leisten können. Die Dringlichkeit - Frauen gegen Austeritätspolitik und sozialen Ausschluss - war hautnah zu spüren. Armut ist eben nicht neutral, sie ist weiblich, ein Verlust an Emanzipation und ein historischer Rückschritt: Prekarisierung, ein Roll back in unbezahlte Carearbeit, Arbeitsplatz- und Autonomieverlust, Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, Privatisierungen, die ganze Palette der Zerstörung des Wohlfahrtsstaates wird auf dem Rücken von Frauen ausgetragen. Eine neue Bewegung ist im Entstehen, zentral angeschoben von Sonia Mitralias aus Griechenland. WILPF Deutschland will sich beteiligen und hat dies auch als Antrag für das nächste IB-Meeting im Februar in Madrid eingebracht.



Hier ein paar Vorschläge:

Während Frauen die eigentlichen Gläubigerinnen des (sozialen) Lebens sind, zahlen sie nun wieder die Last der Schulden – diese Logik muss umgedreht werden!

Frauen/ Feministinnen wollen, dass überall und auf allen Ebenen die Konten offen gelegt werden. Sie verlangen Audits (Offenlegung und Genderbudgetierung) für alle finanziellen Investments und Budgets von der Gemeindeebene bis hin zu nationalen Haushalten – damit haben Frauengruppen z.B. in Spanien inzwischen begonnen.

Das Preisgeld für den Friedensnobelpreis soll an diese Frauen gehen. Sie sind die Hüterinnen des sozialen Friedens für das so lange auch Europa stand.

Der 8. März sollte eine breit aufgestellte feministische Opposition zu der vorherrschenden europäischen und nationalen Politik bringen, um zu zeigen, dass Frauen nicht länger gewillt sind dieses falsche System mit ihrer Kraft und Leidenschaft zu stützen. Solidarität mit allen Teilen der Gesellschaft ist das Gebot der Stunde.

Was kann/ soll WILPF zu diesem Netzwerk beitragen:

- Als Teil einer internationalen Organisation und der sozialen Bewegungen weltweit, hat WILPF so viele Bezüge und ein lebendiges Netzwerk mit Frauen im Süden. Mit ihnen diskutieren wir die Erfahrungen aus dem Neo-Kolonialismus und der damit verbundenen Schuldenpolitik und füttern diese in die neu entstehende Bewegung ein (so wie es auch die Kampagne zur Schuldenstreichung - CADTM) tut. Die sog europäische Schuldenkrise ist nur ein Auswuchs des gleichen Systems, das wir überall kritisieren.
- Wir können uns immer auf das beziehen – und das auch wieder durch Kampagnen und Aktionen bestätigen – was unsere Gründermütter so trefflich formulierten: dass Frieden und Freiheit nicht nur die Abwesenheit von Krieg sind, sondern die Errichtung einer wirtschaftlichen Ordnung, die auf dem Prinzip der Zufriedenstellung von Grundbedürfnissen aller BürgerInnen beruht und nicht auf Profit und Privilegien!!
- Die WILPF-Kampagne "you get what you pay for" ist ein hervorragendes Beispiel, soziale Defizite mit Militärausgaben zu konterkarieren – und da haben wir ausreichend Datenmaterial!
- Leben in Würde ist ein Menschenrecht – und hier geht es um den sozialen Frieden und Prävention von Gewalt. Da haben wir große Erfahrungen.
- Nachdem eine Vernetzung zu diesen Themen bereits am Rande des Treffens der europäischen Sektionen in Brüssel angegangen wurde, sagten wir in Florenz zu, dass wir uns aktiv in die wachsende Bewegung "women against austerity" mit Sonia Mitralias aus Griechenland und vielen anderen aus Spanien, Portugal, Frankreich, Italien, Irland einbringen.

Zur weiteren Planung soll Raum auf dem nächsten IB in Madrid im Februar 2013 sein.

FRIEDENSFRAUEN: Anita Augspurg, September 1857 – Dezember 1943

In der Rubrik „Friedensfrauen“ stellen wir in jedem Rundbrief eine Friedensfrau der IFFF vor. Danke an die IFFF-Frauen Brigitte Schuchard und Anne Ley-Schalles für die Texte und Bilder.

Anita Augspurg war eine der führenden Frauen in der deutschen Frauenbewegung. Sie gehörte zum sogenannten radikalen Flügel und trat während des Ersten Weltkrieges zusammen mit Lida Gustava Heymann auch an die Spitze der deutschen Frauen-**Friedens**-Bewegung.





Anita Augspurg wurde in Verden/Aller als jüngstes von fünf Kindern in eine Familie geboren, die mütterlicher- wie väterlicherseits seit mehreren Generationen Mediziner und Juristen hervorgebracht hatte. Ihr Vater, ein engagierter bürgerlich-liberaler Jurist, saß wegen seiner politischen Aktivitäten 1848 in Festungshaft.

Anita erlebte die damals typische Kindheit und Jugend eines intelligenten Mädchens aus großbürgerlichem Hause: Um nach der höheren Mädchenschule eine weitere Ausbildung zu erlangen, gab es nur das Lehrerinnen-Seminar, das sie in Berlin besuchte. Mit der Volljährigkeit besaß sie ein kleines Erbe ihrer Großmutter und war unabhängig von ihren Eltern. Da sie den Lehrberuf nicht ausüben wollte, widmete sie sich kurzfristig der Malerei, nahm Schauspielunterricht, erhielt 1881-85 einige Engagements an Theatern in Meiningen, Augsburg und Amsterdam, verließ aber das Theater bald wieder. In Dresden hatte sie auf der Malschule, die ihre Schwester leitete, **Sophie Goudstikker** (1865 – 1924) kennengelernt, mit der sie 1886 nach München zog. „Von allen Großstädten erschien München als die geistig freieste, wenigstens vorurteilsfreieste Stadt; sie war schön gelegen, künstlerisch von höchster Bedeutung, und es bestanden manche Beziehungen zu ausgezeichneten Persönlichkeiten dort.“ (Lida G. Heymann: Erlebtes – Erschautes. Frankfurt am Main 1992, S. 24) Mit Hilfe ihres kleinen Vermögens machten sich die beiden 1887 mit einem Foto-Atelier selbstständig und das mit großem Erfolg.

Das Foto-Atelier „Elvira“ in der Münchner Von-der-Tann-Straße erlangte Berühmtheit wegen des sehr modernen Jugendstilbaus, noch mehr aber wegen der zwei außergewöhnlichen Frauen, die zusammen lebten und das Atelier leiteten. Zwei noch unverheiratete, junge Frauen mit Kurzhaarschnitt, die Fahrrad fuhren und Reitsport betrieben, sich für die Emanzipation der Frauen einsetzten, unabhängig und erfolgreich waren, boten der Münchner Gesellschaft ein gastfreundliches und diskussionsfreudiges, offenes Haus.

Aber auch das Foto-Atelier war für Anita Augspurg nur Station für einige Jahre. Sie begann 1893 aus politischem Interesse ein Jura-Studium in Zürich – für Frauen in Deutschland noch nicht möglich –, das sie nach vier Jahren als eine der ersten Frauen 40jährig mit der Promotion abschloss, noch vor Rosa Luxemburg, die zur gleichen Zeit in Zürich studierte. Sie hatte mit Unterbrechungen noch in München gewohnt und sich mit Goudsticker 1898/99 um den Neubau des Ateliers mit der aufsehenerregenden Jugendstilfassade des Architekten August Endell gekümmert.

Nach der Trennung der geschäftlichen und privaten Beziehung von Sophie Goudsticker (Sophie Goudsticker leitete das Atelier bis 1908 und lebte nach der Trennung von Augspurg mit Ika Freudenberg zusammen, die als Vorsitzende des 1894 gegründeten *Vereins für Fraueninteressen* die gemäßigte Richtung der Frauenbewegung vertrat) warf sie sich mit ganzer Kraft in die Arbeit für die Frauenbewegung. Als Mitgründerin des deutschen Frauenvereins *Frauenwohl* wirkte sie 1891 an einer Petition mit, Frauen zum Hochschulstudium zuzulassen. In Berlin, wo sie bis 1907 überwiegend lebte, gehörte sie bald zu einer bestimmenden Kraft in dem radikalen Frauenkreis um **Minna Cauer**. Gemeinsam organisierten sie 1900 die erste große öffentliche Protestveranstaltung der Frauenbewegung in Deutschland für die Modernisierung der Frauenrechte im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB). Augspurg beteiligte sich mit einer eigenen Beilage in Cauers Zeitschrift *Die Frauenbewegung*. In diesem Kreis hatte sie 1896 auf dem Internationalen Frauenkongress in Berlin die zehn Jahre jüngere **Lida Gustava Heymann** kennengelernt, die bis zu ihrem Tod ihre wichtigste Mitstreiterin und Lebensgefährtin war. Mit ihr, **Auguste Kirchhoff** und **Helene Stöcker** gründete sie 1902 den *Deutschen Verein für Frauenstimmrecht*. Zwar arbeitete sie in verschiedenen Vereinen und internationalen Gremien, aber der tägliche Kleinkram der Vereinsarbeit lag ihr nicht besonders; sie widmete sich vor allem kontinuierlich ihrer publizistischen Tätigkeit und sah sich mehr als Ideengeberin und Motor.

1907 zog sie mit Lida G. Heymann endgültig in den Süden, wo sie sich im Isartal einen Bauernhof gekauft hatte. Wenn sie in München waren, wohnten sie in einem Gartenhaus in der Kaulbachstraße 12, das bis zu ihrer Emigration ein bekannter kultureller Treffpunkt für Gleichgesinnte war.



Seit Beginn des Ersten Weltkrieges vertraten Anita Augspurg und Lida G. Heymann den feministischen Pazifismus. Ganz im Sinne von Bertha von Suttner, die kurz vor Ausbruch des Krieges gestorben war, verweigerten sie sich aller sogenannten humanitären, in Wahrheit kriegsunterstützenden Hilfsdienste. Sie verstärkten ihre Kontakte zu ausländischen Pazifistinnen, um eine internationale Frauenbewegung gegen den Krieg zu mobilisieren.

Trotz zahlreicher Schwierigkeiten, über die Kriegsfronten hinweg und gegen die nationalen Vorbehalte, kam es vom 28. April bis zum 1. Mai zu einem internationalen Kongress mit bürgerlichen Pazifistinnen in Den Haag. Anita Augspurg hatte diese *Erste Frauen-Friedens-Konferenz* mit vorbereitet und organisiert. Unter den 1136 stimmberechtigten Delegierten waren 28 Deutsche, die die verfeindeten Länder zur sofortigen Beendigung des Krieges aufforderten und in 20 Beschlüssen und Resolutionen die Prinzipien einer Frauen-Friedens-Bewegung erarbeiteten. Das auf der Konferenz gegründete *Internationale Komitee für dauernden Frieden* wurde auf dem *Zweiten Internationalen Frauen-Friedens-Kongress* im Mai 1919 in Zürich auf Vorschlag von Anita Augspurg umbenannt in:

INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT/ IFFF
WOMEN'S INTERNATIONAL LEAGUE FOR PEACE AND FREEDOM/ WILPF



Anita Augspurg (5. von rechts) auf dem Internationalen Kongress in Zürich 1919

Anita Augspurg und Lida G. Heymann setzten trotz behördlicher Verbote und harter Schikanen während des Krieges und der Weimarer Republik ihre pazifistischen Aktivitäten engagiert fort. Anita Augspurg war von November 1918 bis Februar 1919 als eine von acht Frauen als Vertreterin des Vereins für Frauenstimmrecht Mitglied des provisorischen Nationalrats Kurt Eisners in Bayern und stand in dieser Zeit dem linken Flügel der SPD nahe. Sie scheiterte – wie Eisner – bei ihrer Kandidatur für den bayerischen Landtag.

Nach der Zerschlagung der bayerischen Räterepublik konzentrierten sich beide Frauen wieder voll auf den Kampf für internationalen Frieden und Völkerverständigung: als Mitgründerinnen und führende Mitglieder der IFFF und als Herausgeberinnen ihrer eigenen feministisch-pazifistischen Zeitschrift *Die Frau im Staat* (1919 bis 1933). Sie setzten sich unermüdlich für die deutsch-französische Verständigung ein, ebenso für die Aussöhnung mit Polen und der Tschechei. Für wie politisch gefährlich sie von den Faschisten eingeschätzt wurden, zeigt, dass sie schon 1923 bei Hitlers Putschversuch in München auf einer Liste der zu liquidierenden Personen standen.



Neben ihrer politischen und feministischen Arbeit haben beide ihre gemeinsamen privaten Interessen genossen: Naturverbundenheit, Reisen und Literatur. Sie selbst bezeichneten sich als "Lebenskünstlerinnen" und "Weltbürgerinnen". Fast jedes Jahr reisten sie für einige Monate durch die Welt, nach Irland oder Palästina, nach Südeuropa und in die skandinavischen Länder, nach Osteuropa, Nordamerika und Nordafrika. Sie verbanden in den europäischen und amerikanischen Großstädten ihre Reiselust jeweils mit ihrem politischen Engagement und trafen überall andere Friedensfrauen.

Während sie in ihren jungen Jahren wochenlange Fuß-, Reit- oder Radwanderungen unternommen hatten, konnten sie im Alter mit dem eigenen Wagen durch die Lande fahren. Noch 1927 machten sie – Augspurg mit 70, Heymann mit 60 Jahren – ihren Führerschein. Ihre erste Autotour führte sie in die Gothestadt Weimar, "ihren langjährigen persönlichen Wallfahrtsort" (Christiane Henke: Anita Augspurg. Hamburg 2000, S. 116), wo sie Anitas 70. Geburtstag feierten.

Die Nachricht von Hitlers Machtergreifung im Januar 1933 erreichte sie auf Mallorca, während einer ausgedehnten Winterreise in den Süden. Sie konnten nicht nach München zurückkehren; für den illegalen Widerstand fühlten sie sich zu alt. Wie für einige andere Ligafrauen – **Gertrud Baer** oder **Frida Perlen** etwa – wurde Zürich, das Zentrum der IFFF, ihr Exil-Wohnsitz, wo sie auf die Hilfe anderer Ligafrauen angewiesen waren. In München wurden ihr gesamter Besitz und ihre Schriften, darunter ein umfangreiches Frauen-Archiv und wertvolle Goethe-Ausgaben, von den Nazis beschlagnahmt bzw. vernichtet. Sie versuchten, trotz großer Schwierigkeiten von Seiten der Schweizer Behörden ihre internationale pazifistische Arbeit fortzusetzen. In den letzten Lebensjahren schrieb Lida G. Heymann in Zusammenarbeit mit Anita Augspurg ihre Lebenserinnerungen auf.

Anita Augspurg starb am 20. Dezember 1943, ein halbes Jahr nach dem Tod ihrer langjährigen Lebensgefährtin Lida G. Heymann.

In mehreren deutschen Städten sind Straßen nach diesen bedeutenden Frauenrechtlerinnen benannt. In Zürich wurde 1993 am 50. Todestag von Anita Augspurg eine Gedenktafel für Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann enthüllt.

Nachruf Petra Finsterle:

Petra Finsterle ist am 29. November 2012 gestorben; es war ein besonders schmerzlicher Abschied bei der Trauerfeier am 5. Dezember im Münchner Nordfriedhof. Petra wäre am Heiligabend diesen Jahres 60 Jahre alt geworden; ihr plötzlicher Tod ist für ihre Familie, Freunde und Freundinnen und ihre politischen WeggefährtInnen ein ganz unfassbarer und schwerer Schlag.

Was ich an Petra besonders bewunderte, war, wie sie ihre tiefe "linke" politische Grundüberzeugung verbunden hat mit einer menschenliebenden Zugewandtheit. In den letzten Jahrzehnten galt ihr unermüdliches Engagement der Frauen- und Friedensbewegung. Ihr Kampf um Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit führte sie über die DKP und PDS zu den heutigen Linken. Nie stand bei ihrem unermüdlichen Engagement die Ideologie im Vordergrund, ihr Interesse galt immer dem einzelnen Menschen.

Petra kam über ihre Mutter, eine politisch und sozial engagierte Frau, zur IFFF. In dem Heim und der Tagesstätte der Arbeiterwohlfahrt in Schwabing lernte Helga (Finsterle) in den 80er Jahren Eleonore Romberg und Barbara Lochbihler bei der gemeinsamen sozialpädagogischen Arbeit kennen. Helga wurde 1987 Mitglied, Petra trat 1999 ein.

Wenngleich sie wegen der vielen anderen politischen Veranstaltungen nicht oft bei unseren Liga-Treffen erschien, waren wir doch immer ihrer Anteilnahme gewiss. Bei vielen Friedens-Demos in





München war sie eine der aktivsten und mutigsten Frauen. Ihre besondere Gabe war es, die unterschiedlichen Gruppierungen zum gemeinsamen Handeln zusammenzubringen.

Vor zehn Jahren hatte sich Petra mit der Gründung des "Club Voltaire" einen Lebenstraum erfüllt. Viele, viele faszinierende Abende mit politisch und kulturell Gleichgesinnten hat sie in dieser Zeit organisiert - seit 2005 gemeinsam mit der Freundin und politischen Weggefährtin Michaele Siebe. Sie haben sich auch nicht entmutigen lassen, wenn der Saal im "Fraunhofer" manchmal (vor allem bei Frauenthemen) nur dünn besetzt war.

Im Gedächtnis bleiben Veranstaltungen für oder mit uns in der Frauen-Friedens-Bewegung, z. B. zum 100 jährigen Geburtstag von Olga Benario, die im radikalen Kampf gegen den Faschismus ermordet wurde, zu der politisch denkenden und handelnden Tänzerin und Schriftstellerin Jo Mihaly, zu Lisa Fittko, die im 2. Weltkrieg jüdische und politische Flüchtlinge über die Pyrenäen führte, mit Ute Wagner-Oswald über ihre Arbeit mit Frauen in Afghanistan, mit Michaela Karl über die Sufragetten und die frühen Frauenbewegungen, mit Rita Mascis über „Armut – wem nützt sie?“, mit Ute Scheub zum Frauen-Sicherheitsrat, mit Fatima aus Palästina und viele, viele mehr. Wehmütig und sehr dankbar denke ich an diese Abende, die Petra mit weitem und warmem Herzen, ihren vielseitigen Interessen und ihrer kämpferischen Begeisterung für ganz verschiedene Menschen und breit gefächerte Themen gestaltet hat. Mit großer Zuneigung hat sie alle ihre Gäste und die begleitenden Musiker vorgestellt und das Publikum damit für diese gewonnen. Im Oktober noch wurde das zehnjährige Bestehen gefeiert. Petra, ausgezeichnet mit besonderer Fröhlichkeit und scheinbar unerschöpflicher Lebenskraft, verstand und genoss es, nicht nur dieses Fest mit Musik, Heiterkeit, Humor, viel Kultur und natürlich auch einem Buffet zu organisieren.

Geboren ist Petra am 24.12.1952 in Zürich, wo ihre Mutter Helga gerade "in Stellung" war und sie deshalb eine Weile ins Kinderheim musste. Ihre Kindheit und Jugend verbrachte sie mit ihrem Bruder Kai in Marquartstein, wo die Mutter eine Anstellung am dortigen Schullandheim gefunden hatte und ein Haus besitzt. Mit 18 Jahren ging sie nach München, bediente im "Fraunhofer" - die Freundschaft mit dem Wirt Beppi Bachmeier ermöglichte ihr Jahre später die Gründung des Club Voltaire - , machte dann eine Ausbildung zur Anwaltsgehilfin, einem ungeliebten Beruf, und später eine dreijährige Ausbildung zur Gymnastiklehrerin. Auch in ihren Gymnastikkursen, die sie bis zuletzt abhielt, strahlte sie diese besondere Freude an der sportlichen und tänzerischen Bewegung aus, die uns Teilnehmerinnen mitzog.

In all ihren Lebensbereichen und Arbeitsgebieten hatte Petra neue Kommunikationsformen gesucht und gefunden, die vor allem das Verbindende, nicht das Trennende der Menschen hervorhob. Das entsprach wohl sehr ihrem liebevollen Wesen. Mit viel Respekt habe ich dies auch auf einer gemeinsamen, so schwierigen Israel-Palästina-Reise beobachtet. Gemeinsam in der Gruppe die psychischen Belastungen dort auszuhalten, hat mich Petra zu tieferer Freundschaft verbunden.

Wir werden uns an Petra in Dankbarkeit erinnern; sie wird mir und uns fehlen.

Brigitte Schuchard

Terminhinweise

BERLIN

Das **Bündnis 1325** trifft sich wieder am 15. Januar 2013, um 16 Uhr, im [Deutschen Frauenrat, Axel-Springer-Str. 54a, 10117 Berlin](#). Um Anmeldung wird gebeten über: C.Becher@frauenrat.org. Weitere Informationen auch über: info@wilpf.de.





Das nächste **Berliner Ligatreffen** findet statt am 29. Januar 2013, 19 Uhr, wie immer im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Fachtagung Wien +20: Die Menschenrechte sind – und bleiben – unteilbar!, veranstaltet vom Forum Menschenrechte in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte, u.a. mit Foren zum Thema Rassismus und sexualisierte Gewalt in Konflikten, 15./16. April 2013 in Berlin.

MÜNCHEN

Interesse Macht Rüstung. Waffenexporte in Konfliktregionen. Friedenspolitische Tagung aus Anlass der Münchner Sicherheitskonferenz am 19. Januar 2013 in München. Veranstaltet von der Petra-Kelly-Stiftung in Kooperation mit WILPF u.a.



Jahresvollversammlung der IFFF: 8 bis 10 März 2013 in München. Infos über: info@wilpf.de

BONN



Jahrestagung und Plenum 2013 der PLATTFORM ZIVILE KONFLIKTBEARBEITUNG in Kooperation mit der Ev. Akademie Rheinland vom 7. bis 9. März 2013 in Bonn-Godesberg unter dem Titel „**Den Frieden fördern – aber wie? Werte und Prinzipien einer Friedenslogik**“.

BUNDESWEIT

Bundesweite Veranstaltungstermine der **Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel** unter: <http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Veranstaltungstermine.69.0.html>.



Vom 30. Mai bis 2. Juni 2013 findet im Rahmen der Aktion Aufschrei in Kooperation mit IPPNW der **Kongress „Zielscheibe Mensch“** in Villingen-Schwenningen statt. Weitere Informationen unter: <http://www.zielscheibe-mensch.org>.

Radio Lora auf der 92,4

IFFF auf Radio Lora wieder am Montag, den 4. Februar 2013, 20 bis 21 Uhr. Ansonsten alle zwei Monate am ersten Montag, jeweils von 20 bis 21 Uhr: 1. April 2013, 2. Juni 2013 etc. Zuhören geht auch über das Internet: www.lora924.de.



**atomwaffenfrei.
jetzt**

Terminhinweise aus dem aktuellen Newsletter der deutschen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen „atomwaffenfrei.jetzt“:

- 28./ 29.01.: AG-Büchel und Kampagnenratstreffen, Kassel [[Kontakt Roland](#)]
- 01. - 03.02.: 49. Sicherheitskonferenz München
- 02.03.: ICAN Civil Society Humanitarian Summit, Oslo, [[Kontakt ICAN](#)]
- 02.04.: Ostermarsch 2013, Atomwaffenstandort Büchel [[Kontakt Elke](#)]

INTERNATIONAL

Das nächste **International Board Meeting der WILPF** findet statt vom 23 bis 25. Februar 2013 in Madrid. Weitere Informationen unter: <http://www.wilpfinternational.org/ib-2013/>

Anhaltende Umstellung beim Rundbriefversand:

Der Rundbrief wird in Zukunft direkt über die WILPF-Website versendet. Damit wir alle bisherigen Empfängerinnen und Empfänger auch künftig erreichen, bitten wir darum, dass sich jede und jeder über die WILPF-Website für den Rundbrief anmelden, falls Ihr das noch nicht getan habt. Dazu gebt Ihr Euren Namen und Eure Adresse ein und wählt bitte den Empfang des HTML-Newsletters aus, da nur mit diesem Format Verlinkungen, Bilder und ähnliches mehr versendet werden können.

Nach dem Eintrag versendet das System eine E-Mail mit einem Bestätigungslink, den Ihr bitte noch mal anklicken müsst. Erst nach der Bestätigung ist Eure E-Mail Adresse aktiviert. Manchmal werden solche Bestätigungsmails auch als Spam eingeordnet. Falls Ihr keine Bestätigungsmail erhaltet, überprüft bitte den Spamordner oder setzt Euch direkt mit uns in Verbindung.

Zur Rundbrief-Anmeldung: <http://www.wilpf.de/rundbrief-anmeldung/index.html>. Danke sehr!

WILPF Deutsche Sektion: www.wilpf.de
WILPF Internationales Büro: www.wilpfinternational.org
WILPF Projekt „Peace Women“: www.peacewomen.org
WILPF Projekt „Reaching Critical Will“: www.reachingcriticalwill.org